

Niederschrift

über die **öffentliche Sitzung der Struktur- und Sparkommission am 20. Mai 2010** im Sitzungssaal des Schlosses Schönau

Anwesend

1. Bürgermeister Weissbrodt

Ortsvorsteher Gehr
Ortsvorsteher Sauer

Entschuldigt gefehlt: Ortsvorsteher Thelen

2. Die Stadträte

Ays, Biendl, Cremer-Ricken, Hansmann, Haus, Maier, Schwarz-Gröning, Walter, Friedlmeier

Entschuldigt gefehlt: Stadträte Schoo, van Veen

3. Verwaltung:

Stadtkämmerin Huber
Stadtbauamtsleiter Rohrer
Rechts- und Ordnungsamtsleiterin Schwerdtner
Personalabteilungsleiter Werner
Stellvertretender Baurechtsamtsleiter Koller
Technischer Dienst-Leiter Strittmatter
Stellvertretender Personalratsvorsitzender Hieke
Persönliche Referentin des Bürgermeisters,
Frau Wöhrle-Metzger

Entschuldigt gefehlt: Personalratsvorsitzende Burkert
Baurechtsamtsleiter Rünzi
Bauverwaltungsleiter Weiß

4. Hauptamtsleiter Lau als Protokollführer

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 20.40 Uhr

Beratungsergebnisse der nichtöffentlichen Sitzungen der Struktur- und Sparkommission

Der **Bürgermeister** begrüßt die Anwesenden zur ersten öffentlichen Sitzung des Gremiums und stellt Arbeit und Zielsetzung der Struktur- und Sparkommission vor. Von der aktuellen Wirtschaftskrise seien vor allem die Kommunen wegen der finanziellen Vorbelastungen stark betroffen. Auch die Stadt Bad Säckingen müsse drastische Rückgänge bei den Einnahmen bei gleichzeitig konstanten bzw. steigenden Ausgaben verzeichnen. Insbesondere der Einnahmeausfall bei der Gewerbesteuer in Höhe von ca. € 2,5 Mio. falle spürbar ins Gewicht.

Der aktuelle Haushalt weise nach derzeitigem Stand ein Defizit von € 2,3 Mio. aus. Die Beschlussfassung über einen Nachtragshaushalt mache in dieser Situation keinen Sinn, da keine Möglichkeit gesehen werde, die notwendigen Finanzmittel zum Haushaltsausgleich zu beschaffen. Die Stadt steuere deshalb ohne eine Möglichkeit der Gegensteuerung sehenden Auges auf den kommunalpolitischen Sündenfall in Gestalt eines Fehlbetrages zu. Dieser Fehlbetrag werde auch die Folgehaushalte belasten, da das Defizit gemäß den Vorschriften des kommunalen Haushalts- und Wirtschaftsrechts binnen drei Jahren abgetragen werden müsse.

In diesem Zusammenhang warne er davor, in einem Verzicht auf die Schulmensa beim Scheffel-Gymnasium einen Lösungsansatz zu sehen. Aufgrund der zu erwartenden hohen Zuschüsse für dieses Projekt würden sich bei einer „Stornierung“ keinerlei Verbesserungen im Haushalt ergeben.

Der Gemeinderat habe früh erkannt, dass für eine Sanierung des kommunalen Haushaltes strukturelle Veränderungen dringend erforderlich seien. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfe nicht gekleckert, sondern es müsse geklotzt werden.

Die Struktur- und Sparkommission sei damit beauftragt, alle Positionen des Haushalts in Frage und auf den Prüfstand zu stellen. Nur mit schmerzhaften Eingriffen in die Strukturen sei es überhaupt möglich, die Handlungsfähigkeit der Kommunalpolitik zu erhalten und das Minimalziel von Einsparungen in Höhe von € 750.000,-- zu realisieren.

Die Kommission habe bislang dreimal in nichtöffentlicher Sitzung mit dem Schwerpunkt Personal getagt. Der Charakter des Gremiums sei vorberatender und nicht beschließender Natur. Vorgesehen seien nun noch drei öffentliche Veranstaltungen. Anschließend müsse sich der Gemeinderat mit den Vorschlägen der Kommission befassen. Vorgesehen sei auch, die Einwohner der Stadt im Rahmen einer Bürgerversammlung über die notwendigen strukturellen Veränderungen und Einsparungsmaßnahmen zu informieren.

Es sei sichergestellt, dass die von den Änderungen betroffenen Institutionen und Personenkreise vor einer Entscheidung in der jeweiligen Angelegenheit gehört werden.

Stadtrat Biendl bringe die gegenwärtig geführte Spardiskussion mit der landes- und bundesweiten Schuldenbelastung in Verbindung. Zur aktuellen Pro-Kopf-Verschuldung der Bad Säckinger Bürger in Höhe von € 2.300,-- würden sich Altschulden und Neuverschuldung von Bund und Land zu einer Gesamtverschuldung von € 22.000,-- pro Einwohner aufaddieren.

Das von Bürgermeister Weissbrodt angesprochene Minimalziel der Einsparung von € 750.000,- würde einen Rückgang der Pro-Kopf-Verschuldung von lediglich € 49,- bewirken. Selbst Minderausgaben von € 2 Mio. würden mit € 115,- pro Kopf nur marginal zu Buche schlagen.

Der Gemeinderat sei nun in der wenig beneidenswerten Situation, den Spagat zwischen Sparen und Erhalt der kommunalen Handlungsfähigkeit schaffen zu müssen. Angesichts der gewaltigen Dimension der Gesamtverschuldung könne es sich nur um einen naiven Versuch der Stadt handeln, die Schuldenlasten ihrer Bürger zu reduzieren.

Der **Bürgermeister** wirbt dafür, im Mikrokosmos Bad Säckingen alles zu versuchen, um gerechte Lösungen herbeizuführen. Dieses Vorhaben setze allerdings Eingriffe in alle denkbaren Bereiche voraus. Bei Beachtung der vorgegebenen Leitsätze halte er es für durchaus vorstellbar, dass die Stadt Bad Säckingen mit ihren Anstrengungen zur Konsolidierung des Haushaltes eine Vorbildfunktion für andere Kommunen übernehmen könne.

Anschließend gibt der **Bürgermeister** die in der Sitzungsvorlage zusammengefassten vorläufigen Ergebnisse der in nichtöffentlicher Sitzung erfolgten Beratungen der Struktur- und Sparkommission in Kürze bekannt.

Zusätzlich zur Streichung einer Ausbildungsstelle im Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten solle nun auch auf einen Bauzeichner-Lehrling verzichtet werden. Im Gesamtpaket resultiere daraus eine Einsparung an Personalkosten in Höhe von € 20.000,- p.a.

Die Ausgaben für alle Ortsverwaltungen würden sich auf insgesamt € 160.000,- gelaufen. Die Verwaltung habe den Auftrag erhalten, eine mögliche Kostenreduzierung zu untersuchen und in diesem Zusammenhang die Eingemeindungsverträge, die Aufgabeninhalte der Beschäftigten in den Ortsverwaltungen und die jeweiligen Arbeitsverträge konkret zu prüfen.

In der Sitzung des Feuerwehrausschusses habe die Freiwillige Feuerwehr Bad Säckingen sehr deutlich ihre Bereitschaft signalisiert, einen Beitrag zu den erforderlichen strukturellen Änderungen zu leisten. Art und Umfang der Einsparungsmaßnahmen seien allerdings noch nicht geklärt.

Aufgrund des langfristigen Krankenstands eines Bauamtsmitarbeiters sei das Umweltreferat bereits aufgelöst und der Stelleninhaber bei gleichzeitiger Übernahme zusätzlicher Arbeiten in das Stadtbauamt integriert worden. Daraus resultiere die Einsparung von nominal einer Stelle mit einem Personalkostenaufwand von € 40.000,- p.a.

Eine Gebührenerhöhung für die Kernzeitbetreuung an den Grundschulen würde nach Auffassung der Verwaltung zu einem Rückgang der Besucherzahlen führen. Den Fraktionen werde deshalb anheimgestellt, zu überlegen, ob auf eine Anpassung der Entgelte bestanden werden solle. Die Aussage zu den Museen sei in der Sitzungsvorlage etwas missverständlich formuliert. Es gehe einzig und allein darum, den derzeitigen Stand der Museumsplanung in der aktuellen Form zu belassen.

Die Neuordnung der Dirigentenzuschüsse sei ein höchst kompliziertes Thema. Die Stadtverwaltung werde zur nächsten Veranstaltung der Struktur- und Sparkommission eine spezielle Sitzungsvorlage erarbeiten.

Der **Bürgermeister** macht deutlich, dass die Kinder- und Jugendarbeit in Bad Säckingen auch in Zukunft nicht aufgegeben werden solle. An dem vom Beirat Kinder und Jugend erarbeiteten Leitbild solle lediglich der Leitsatz „Jugend braucht Räume“ hin zur aufsuchenden Jugendarbeit verändert werden. Bis Ende dieses Jahres müsse eine Neukonzeption auf der modifizierten Basis des Leitbildes vorliegen.

Stadträtin Friedlmeier moniert, dass die im Protokoll der Struktur- und Sparkommission vom 08. März 2010 festgehaltene Formulierung „Der Neuanfang impliziert eine Schließung des Kinder- und Jugendhauses bis Ende 2010“ nach Auffassung der Kommissionsmitglieder Schoo und van Veen in diesem Wortlaut nicht gefallen sei.

Der **Bürgermeister** verweist darauf, dass die entsprechende Niederschrift allen Kommissionsmitgliedern zugegangen und der Inhalt von diesen nicht beanstandet worden sei.

Stadtrat Hansmann vertritt die Auffassung, dass das Wort „impliziert“ die Möglichkeit einer Schließung des Jugendhauses mit einschließe.

Stadtrat Maier erklärt, dass an der Jugendarbeit nicht gespart werden solle. Gleichwohl halte er es für sinnvoll und notwendig, das Leitbild für die Kinder- und Jugendarbeit voranzubringen. Im Hinblick auf die Äußerungen von Ratskollegin Friedlmeier wehre er sich gegen das Verhalten und die irritierenden Manöver der SPD-Fraktion in dieser Angelegenheit.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er Kinder- und Jugendreferent Knorre sowie die Vertreter des Jugendparlaments zur Kommissionssitzung am 21. Juni 2010 einladen werde. Noch vor diesem Termin werde er das Gespräch mit den Jugendparlamentariern suchen.

Hinsichtlich einer möglichen Kooperation mit der Gemeinde Murg auf dem forstwirtschaftlichen Sektor habe er bereits erste Gespräche mit Bürgermeister Schmidle geführt. Es bestehe dort mittelfristig Interesse an einer Zusammenarbeit.

Stadtrat Haus würde sich wünschen, dass vorausblickend auf die nächsten drei bis fünf Jahre mehr Eingriffe in die Strukturen der Ämter und des Technischen Dienstes vorgenommen werden. Der Betrieb der Friedhöfe weise ein Defizit in Höhe von € 266.000,-- pro Jahr auf, wobei der Technische Dienst für diese Einrichtungen Leistungen im Wert von € 355.000,-- erbringe. Das Zahlenwerk mache die Notwendigkeit deutlich, die Strukturen in diesem Bereich zu durchleuchten und eine (teilweise) Vergabe der Leistungen an Dritte in die Überlegungen mit einzubeziehen. Eine Reduzierung des Defizits um 50 % würde in seinen Augen ein erfreulicher Beitrag zu den Bemühungen der Struktur- und Sparkommission sein.

Darüber hinaus müsse zumindest mittelfristig über die Einrichtung eines Bürgerbüros gesprochen werden.

Der **Bürgermeister** weist im Hinblick auf die von Stadtrat Haus erwähnten Kosten auf die Tatsache hin, dass die Stadt insgesamt fünf verschiedene Friedhöfe betreibe, wobei alleine der Waldfriedhof mit seinem Baumbestand einen riesigen Aufwand für den Technischen Dienst verursache.

Ein Bürgerbüro liege auch der Verwaltung sehr am Herzen. Jedoch setze eine solche Einrichtung hohe Investitionen in Form von Umbaumaßnahmen und Personaleinsatz voraus.

Den Standpunkt von Stadtrat Haus, dass die Privatisierung von Dienstleistungen alles kostengünstiger mache, könne er nicht teilen. Jedoch werde hierüber im Gemeinderat zu diskutieren sein. Bei dieser Gelegenheit könne dann auch die mögliche Schließung von Friedhofsbetrieben thematisiert werden.

Zu dem Thema „Bürgerbüro“ passe auch die jüngst mit dem Personalrat besprochene Einführung eines Dienstleistungsabends. Die Personalvertretung habe sich mit dieser Angelegenheit intensiv befasst und sich hierüber konstruktive Gedanken gemacht. Die genaue Vorgehensweise müsse noch verwaltungsintern abgestimmt werden. Mit einer Umsetzung der Maßnahme sei nach den Sommerferien zu rechnen.

Der Punkt „Technischer Dienst“ werde in der nächsten Sitzung der Struktur- und Sparkommission auf der Tagesordnung stehen. Eine Zusammenstellung der Leistungen des Betriebs sei heute in Papierform an die Kommissionsmitglieder verteilt worden.

Stadträtin Friedlmeier verliest abschließend ein Positionspapier der SPD-Fraktion zur Arbeit der Struktur- und Sparkommission. Grundsätzlich habe das Gremium gute Ergebnisse erarbeitet, jedoch seien die bislang formulierten Verbesserungsvorschläge nicht ausreichend. Um positive Auswirkungen auf den maroden Haushalt erzielen zu können, seien massive Einschnitte in allen Bereichen unumgänglich. „Heiligen Kühen“ und Lobbyismus in eigener Sache würden in diesem Zusammenhang eine Absage erteilt. Angeregt werde, die Monatspauschale für Stadträte für die Dauer von zwei Jahren um 50 % zu kürzen und vom Gemeinderat einen ebenfalls auf zwei Jahre befristeten grundsätzlichen Beförderungsstopp beschließen zu lassen. Kein Tabu-Thema dürfe der Verzicht auf die Ortsverwaltungen und die Neuregelung der Zuschüsse für Sport- und Kulturvereine sein. Die Stadtverwaltung werde darüber hinaus gebeten, der Kommission eine Aufstellung der Betriebskosten für die anteilige Nutzung von Räumen und Plätzen durch Vereine zur Verfügung zu stellen.

Die SPD-Fraktion halte ausdrücklich fest, dass das Kinder- und Jugendhaus bislang nie in seinem Bestand in Frage gestellt worden sei. Die Einrichtung sei der Kernpunkt des Leitbilds, das vom Gemeinderat beschlossen worden sei.

Die SPD-Fraktion schlage vor, in die nächste öffentliche Sitzung des Gemeinderats eine Fachperson des Kreisjugendamts einzuladen, die zu folgenden Themen referieren solle:

- Aufgaben des Kinder- und Jugendreferenten,
- Sozialpädagogische Ansätze im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit,
- Was kann Kinder- und Jugendarbeit leisten?

Stadträtin Cremer-Ricken stellt fest, dass die Ausführungen von Stadträtin Friedlmeier nicht Gegenstand der heutigen Tagesordnung seien.

Auch **Ratskollege Walter** macht deutlich, dass die von Stadträtin Friedlmeier erwähnten Punkte bereits eingehend diskutiert worden seien.

Stadtrat Haus kommt noch einmal auf den Bereich „Bau“ zurück und kritisiert das Defizit bei der Bau- und Hochbauverwaltung. Hier müssten mittelfristig Veränderungen herbeigeführt werden.

Spar- und strukturelle Maßnahmen im Bereich der Einzelpläne 0, 1 und 2

Einzelplan 0

Städtepartnerschaften

Der **Bürgermeister** weist darauf hin, dass die fünf eingegangenen Städtepartnerschaften auf einen Zeitraum von zehn Jahren gesehen einen durchschnittlichen jährlichen Kostenaufwand von € 17.000,- verursachen würden.

Vor dem Hintergrund der Nachwuchssorgen der Freundeskreise stelle sich die Frage, ob Städtepartnerschaften im bislang gelebten Modus noch Sinn machen. Der Zweck könne nicht darin liegen, dass sich offizielle Delegationen kostenintensive Besuche und Gegenbesuche abstatten. Vielmehr sei es von grundlegender Bedeutung, dass sich die Menschen der Partnerstädte begegnen, wie z.B. beim Schul- oder Sportaustausch.

Er halte es grundsätzlich nicht für denkbar, die bestehenden Städtepartnerschaften aus rein pekuniären Gründen zu beenden. Jedoch sehe er eine zwingende Notwendigkeit darin, eine „andere Tonart“ in die Partnerschaftspflege hineinzubringen.

Stadtrat Hansmann erkennt, dass Städtepartnerschaften angesichts der technologischen Entwicklung in den vergangenen Jahren immer mehr an Bedeutung verloren hätten. Freundschaften hätten sich in der Regel immer nur auf gutbürgerlicher Ebene unter den offiziellen Delegationsmitgliedern entwickelt. Er halte es deshalb für richtig, die Pflege der Städtepartnerschaft hin zur Jugendarbeit zu verlegen.

Stadtrat Biendl fordert, klare finanzielle Grenzen aufzuzeigen und festzulegen, dass nur bestimmte (Jugend-)Gruppen Zuschüsse für die Partnerschaftspflege erhalten können. Offizielle Delegationen müssten kleingehalten werden. Erwachsenen sei es zumutbar, im Rahmen des Austauschs entstehende Kosten selbst zu tragen.

Stadtrat Maier spricht sich dafür aus, die Haushaltsposition „Städtepartnerschaften“ nicht gänzlich zu streichen, aber finanziell zu deckeln.

Der **Bürgermeister** plädiert abschließend ebenfalls dafür, an den Städtepartnerschaften festzuhalten und dankt gleichzeitig den Freundeskreisen für deren geleistete Arbeit.

Die Struktur- und Sparkommission schlägt dem Gemeinderat vor, an den Städtepartnerschaften festzuhalten und für die Partnerschaftspflege einen jährlichen Maximalbetrag von € 10.000,- p.a. festzusetzen.

Entschädigung für Gemeinderäte

Der **Bürgermeister** bezeichnet die Entschädigung der Gemeinde- und Ortschaftsräte bei einem Gesamtaufwand von jährlich € 50.000,- angesichts des enormen Arbeitseinsatzes und schwieriger Entscheidungen als angemessen. Dennoch schlage die SPD-Fraktion vor, die Monatspauschale für Gemeinderäte für die Dauer von zwei Jahren um 50 % zu kürzen.

Für **Stadtrat Haus** ist die ehrenamtliche Entschädigung der Gemeinderäte keine Honorierung für deren Arbeit, sondern für deren Einsatz über den jeweiligen Beruf hinaus. Insofern halte er Einsparungen in diesem Bereich für den falschen Weg.

Stadtrat Biendl lehnt den Vorschlag der SPD-Fraktion angesichts des Zeitaufwands und der Unkosten für die Gemeinderäte als populistisch und unsozial ab. Er halte eine Aufwandsentschädigung für zwingend notwendig, zumal in der Zeit der Gemeinderatstätigkeit kein Job für einen manchmal notwendigen Hinzuverdienst ausgeübt werden könne. Er mache sich deshalb dafür stark, die Entschädigung als Anreiz für ehrenamtlich Interessierte zu bewahren.

Stadtrat Maier ergänzt, dass dieser Vorschlag der SPD-Fraktion sicherlich populär wäre, aber keinerlei Nachhaltigkeit aufweise und auch keine Strukturveränderung darstelle.

Stadtrat Hansmann regt an, die Anpassung der Entschädigungen nach oben für einige Jahre auszusetzen.

Der **Bürgermeister** erwidert, dass dies auch in der Vergangenheit bereits geschehen sei.

Die Struktur- und Sparkommission empfiehlt dem Gemeinderat, die gegenwärtige Entschädigung für Gemeinde- und Ortschaftsräte unverändert zu belassen.

Amtliches Mitteilungsblatt

Der **Bürgermeister** teilt mit, dass die Einführung eines amtlichen Mitteilungsblattes angesichts der jährlichen Kosten von € 23.000,-- für amtliche Bekanntmachungen zum Thema werde. Bereits vor Jahren habe er für ein kostenneutrales Informationsblatt für Bürger geworben. Seinerzeit sei dieses Ansinnen vom Gemeinderat abgelehnt worden.

Ein gebührenfinanziertes Mitteilungsblatt würde immer noch Einsparungen in Höhe von € 20.000,-- p.a. erbringen. Nachdem bereits in der Vergangenheit verschiedene Vorstöße von ihm jedes Mal abgeblockt wurden, werde er keine weiteren Vorschläge unterbreiten.

Nachrufe

Die Struktur- und Sparkommission schlägt dem Gemeinderat vor, im Einvernehmen mit dem Personalrat ab Herbst 2010 auf Nachrufe für ausgeschiedene Mitarbeiter zu verzichten.

Ortsverwaltungen

Der **Bürgermeister** beziffert die Kosten für die Ortsverwaltungen in Harpolingen, Rippolingen und Wallbach auf insgesamt € 160.000,-- pro Jahr. Trotz dieser beeindruckenden Zahl dürfe nicht vergessen werden, dass Ortsverwaltungen auch Teil der lebendigen Dorfgemeinschaft seien.

Ortsvorsteher Sauer äußert, dass die Ortschaften nicht für die hohe Verschuldung der Stadt verantwortlich seien. Der Bürgermeister habe sich bei seiner Wahl für den Fortbestand der Ortsverwaltungen stark gemacht. Darüber hinaus habe bei den letzten Kommunalwahlen keine Partei den Verzicht auf die Ortsverwaltungen thematisiert.

Der **Bürgermeister** stellt richtig, dass er sich zur Ortschaftsverfassung, nicht aber zur Ortsverwaltung bekannt habe.

Ortsvorsteher Gehr sieht sich und die Ortschaften in der Verantwortung für das Gemeinwesen. Es brauche Zeit und eine gewisse Behutsamkeit, um Einsparungen in diesem Bereich in Gang zu bringen. Niemand werde sich gegen vernünftige Reformen stemmen, nur dürfe dies nicht mit der Holzhammermethode geschehen.

Stadtrat Maier unterstützt nachdrücklich die von Ortsvorsteher Gehr aufgezeigte Richtung. Er gehe davon aus, dass sich die nahe beieinanderliegenden Ortschaften Rippolingen und Harpoldingen mittelfristig auf einen gemeinsamen Weg machen.

Stadtrat Biendl bittet um grundsätzliche Informationen über die rechtlichen Ansprüche der Ortschaften aus den Eingemeindungsverträgen und über die Arbeitsweise der Ortsverwaltungen. Diese müsse grundsätzlich ebenso effizient wie die Dienstleistungen in der Zentralverwaltung (Rathaus) sein, dürfe gleichzeitig aber nicht in Konkurrenz zur Arbeit der Stadtverwaltung stehen.

Ortsvorsteher Sauer ist der Ansicht, dass die angesprochenen Sparmaßnahmen in den Ortschaften die Auflösung der Ortsverfassung und des Ortschaftsrates sowie den Verzicht auf den Ortsvorsteher voraussetzen. Dann müssten Bürgermeister und Parteien aber so ehrlich sein, dieses Ziel in ihre Wahlprogramme hineinzuschreiben.

Der **Bürgermeister** verwehrt sich gegen die Art der Wortmeldung von Ortsvorsteher Sauer. Nicht nur er, sondern auch die Mitglieder des Gremiums würden so vor den Kopf gestoßen.

Ortsvorsteher Sauer bedauert seine Äußerungen.

Die Struktur- und Sparkommission sieht bei den Ortsverwaltungen einen mittelfristigen Veränderungsbedarf. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Zusammenhang die rechtlichen Verpflichtungen aus den Eingemeindungsverträgen zu prüfen. Konzepte der Ortsverwaltungen zu strukturellen Veränderungen werden begrüßt. Ein Ausbau der Ortsverwaltungen wird nicht gewünscht.

Einzelplan 2

Schulen

Der **Bürgermeister** stellt fest, dass die Angebote „Verlässliche Grundschule“, „Hort an der Schule“ und „Ganztageschule“ von Eltern und Schülern sehr stark angenommen würden.

Stadtrat Maier kündigt in seiner Funktion als Leiter der Hans-Thoma-Schule veränderte Strukturen in dieser Einrichtung an. Er gehe davon aus, dass die Umwidmung zur Ganztageschule zu einer Kostenneutralität führen werde.

Bei der verlässlichen Grundschule werbe er für eine maßvolle Anhebung der Gebühren bei gleichzeitiger effizienter und flexibler Regulierung des Personaleinsatzes.

Der **Bürgermeister** erklärt, dass die Verwaltung gegenwärtig mit der Prüfung des Personaleinsatzes beschäftigt sei. Eine moderate Steigerung der Gebühren werde für denkbar gehalten. Insgesamt stehe der Bestand der Einrichtung „Verlässliche Grundschule“ nicht zur Diskussion.

Ortsvorsteher Gehr wirbt dafür, bedürftige oder kinderreiche Familien zu unterstützen und diese von den Gebührenerhöhung auszuschließen.

Der **Bürgermeister** hält dies im Rahmen einer Einzelfallregelung für machbar. Einkommensabhängige Gebühren seien hingegen praxisfremd.

Stadtrat Maier bittet die Verwaltung um einen Vorschlag zu den Benutzungsgebühren unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Strukturen.

Die Struktur- und Sparkommission beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Vorschlages zur Gestaltung der Gebühren zur Nutzung der „Verlässlichen Grundschulen“ unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Strukturen. Die Personalsituation in den einzelnen Einrichtungen ist im Detail aufzuzeigen.

Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Einrichtung „Verlässliche Grundschule“ in ihrem Bestand aufrechtzuerhalten.

Der **Bürgermeister** berichtet über sehr gute Erfahrungen mit dem Hort an der Schule in den letzten Jahren. Der Gemeinderat sei gut beraten, das Thema Bildung auch weiterhin hochzuhalten.

Stadtrat Maier erinnert, dass der Gesamtgemeinderat bereits ein eindeutiges Bekenntnis in diese Richtung abgegeben habe.

In der Belassung der Schulbudgets in der jetzigen Form sehe er die beste Methode darin, die Wirtschaftler zum Sparen in Eigenverantwortung anzuhalten. Die so erwirtschaftete „Luft“ in den Budgets halte für die Schulen einen gewissen Gestaltungsspielraum offen.

Der **Bürgermeister** gewinnt der Budgetierung der Schuletats positive Aspekte ab und sieht keinen Sinn darin, diese herunterzufahren. Kürzungen seien ohnehin erst frühestens im Haushaltsjahr 2011 möglich.

Die Struktur- und Sparkommission empfiehlt dem Gemeinderat, die Schulbudgets in ihrer bisherigen Form und Größenordnung zu belassen.

Der **Bürgermeister** warnt die Kommissionsmitglieder davor, bereits im frühen Stadium nachzurechnen, was mit den Empfehlungen an den Gemeinderat bereits eingespart worden sei. Die eigentlichen Einsparungsbeschlüsse stünden noch aus. In der heutigen Sitzung gehe es einzig darum, einzelne Maßnahmen auf den Weg zu bringen und die Themen in den nächsten Sitzungen weiter zu vertiefen. Ein finanzielles Fazit zu ziehen sei erst nach der letzten Sitzung der Struktur- und Sparkommission legitim.

Stadträtin Friedlmeier wiederholt die Forderung der SPD-Fraktion, in der kommenden Gemeinderatssitzung von einem Experten des Kreisjugendamtes über die kommunale Jugendarbeit referieren zu lassen. Für die Mitglieder des Gemeinderates stelle dies eine Gelegenheit zur Aufarbeitung von Defiziten dar.

Der **Bürgermeister** erwidert, dass im aktuellen Leitbild alle Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit in ausreichender Form und Weise dargestellt seien. Er stelle Stadträtin Friedlmeier aber anheim, den Antrag der SPD-Fraktion im Gemeinderat zur Abstimmung zu stellen.

Zuhörer Kromer teilt mit, dass im Beirat Kinder und Jugend nie die Rede vom Einsatz eines Streetworkers gewesen sei. Dessen Notwendigkeit müsse den Mitgliedern des Beirates noch eingehend begründet werden.

Stadtrat Biendl empfiehlt wie der Bürgermeister, über den Antrag von Stadträtin Friedlmeier in einer Sitzung des Gemeinderates zu diskutieren und zu beschließen, zumal die Struktur- und Sparkommission ohnehin keine Beschlüsse fasse.

Stadträtin Friedlmeier äußert ihre Betroffenheit über die Vorhaltung des Bürgermeisters, dass sie sich wegen der Öffentlichkeitswirksamkeit besonders mit dem Thema Kinder und Jugend befasse. Der Antrag der SPD-Fraktion, ein Fachperson vom Landratsamt über die Kinder- und Jugendarbeit referieren zu lassen, sei aus sachlichen Erwägungen und unter dem Kostenaspekt gestellt.

Der **Bürgermeister** macht auf den Kurs der SPD-Fraktion zu diesem Thema in den vergangenen Wochen aufmerksam. Die Wortmeldung in den Tageszeitungen habe nichts zur Versachlichung in dieser Angelegenheit beigetragen. Für den persönlichen Vorwurf an Stadträtin Friedlmeier bitte er um Entschuldigung. Gleichzeitig bitte er aber auch die SPD-Fraktion darum, in Zukunft spektakuläre öffentliche Attacken gegen den Bürgermeister oder Gemeinderatsfraktionen zu unterlassen.

Nach Auffassung von **Stadtrat Maier** müsse der Auftrag des Gemeinderates lauten, ein Konzept zur Jugendarbeit im Rahmen des verabschiedeten Leitbildes zu entwickeln. Die Eröffnung von Nebenkriegsschauplätzen, wie z.B. eine von der SPD initiierte Unterschriftenaktion oder gar der Missbrauch von nichtinformierten Jugendlichen zur Verhinderung der Schließung des Jugendhauses lehne er strikt ab.

Der **Bürgermeister** stellt fest, dass das Thema Jugendhaus nicht die gesamte Jugendarbeit in Frage stelle. Alle Beteiligten seien gut beraten, diese unterschiedlichen Ansatzpunkte nicht in einen Topf zu werfen.

Der Bürgermeister:

Der Protokollführer:

